

„Da gibt's kein taktisches Lavieren mehr“

Forschungsminister Volker Hauff über die Bonner Energie-Politik

SPIEGEL: Herr Hauff, bei der Entscheidung über das künftige atomare Entsorgungszentrum in Gorleben haben wir so etwas wie eine Allparteien- oder — besser gesagt — eine Allregierungscoalition erlebt. Reichen das Durchsetzungsvermögen der sozialliberalen Bundesregierung und der CDU-Regierung in Hannover nicht aus, um den Bürgerwiderstand gegen nukleartechnische Großanlagen zu überwinden?

HAUFF: Was wir in der Woche erlebt haben, ist ganz offensichtlich nicht eine Allregierungscoalition, sondern es ist eine Reihe von Fragen noch offengeblieben über das, was in Gorleben notwendig und möglich ist. Aber unbestreitbar richtig ist, daß ein breiter Konsens der Bürger und damit auch der demokratisch verantwortlichen Politiker notwendig ist, um die Energiepolitik mit der notwendigen Kontinuität zu versehen.

Wir haben in der Kernenergie wie in fast allen anderen Energiebereichen die Situation, daß von den grundlegenden Arbeiten über die Markteinführung bis zur kommerziellen Nutzung in aller Regel 20 bis 30 Jahre verstreichen. Das galt auch für das Erdöl, das gilt für die regenerativen Energiequellen wie die Solarenergie, wo wir sicherlich erst in 20 bis 30 Jahren nennenswerte Erfolge erzielen können, das gilt für die Kohlevergasung und Kohlehydrierung. Wer da nicht den Mut hat, über eine Legislaturperiode rauszugucken, der soll die Finger von der Energiepolitik lassen, da kommt eh nichts Gutes dabei raus.

SPIEGEL: Also geht's doch nur gemeinsam?

HAUFF: Man sollte sich darum bemühen, das Maximum an Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition, zwischen Bundesregierung und Landesregierungen zu erreichen. Weder der Schnelle Brüter noch das integrierte Entsorgungszentrum in Gorleben sind zu verwirklichen, wenn es zu einem Gegeneinander von jeweiliger Landesregierung und Bundesregierung kommt.

SPIEGEL: Vor einigen Jahren hat eine Bundesregierung gegen Widerstände aus allen Gruppierungen die Aufwertung der Mark durchgesetzt. Warum bringt diese Bundesregierung, deren Kanzler von der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Kernener-



Hauff (l.) beim SPIEGEL-Gespräch im Bonner Forschungsministerium*

gie überzeugt ist, nicht die Kraft auf, ihre Energiepolitik durchzusetzen?

HAUFF: Das sind starke Worte. Zunächst einmal muß man einfach zur Kenntnis nehmen, daß die Frage, welcher Energieträger in welchem Umfang und an welchem Standort eingesetzt wird, außerhalb der direkten Einflußmöglichkeit der Bundesregierung liegt. Dies ist ausschließlich Sache der Bundesländer...

SPIEGEL: Das ist ein formales Argument...

HAUFF: Man muß zweitens zur Kenntnis nehmen, daß für zentrale Anlagen wie ein Entsorgungszentrum Standorte notwendig sind, die nur kooperativ gefunden werden können. Herr Albrecht hat in seiner Regierungserklärung auf die politischen Probleme hingewiesen, die sich für ihn aus dem Standort Gorleben ergeben. Da kann man nicht sagen, das interessiert mich nicht. Ich halte es im übrigen auch für falsch, ein Problem wie das der Aufwertung mit der Kernenergie zu vergleichen.

SPIEGEL: In der Argumentation des Kanzlers sind sowohl vernünftige Wechselkursrelationen als auch eine

gesicherte Energieversorgung Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.

HAUFF: Die Argumente werden sicherlich gebraucht, aber sie gehen darüber weit hinaus. Die Kernenergie wird in der Assoziation der Menschen untrennbar mit Hiroshima und Nagasaki verknüpft, die Aufwertung nicht. Da bitte ich sehr um Verständnis.

SPIEGEL: Um diese Urängste muß doch jeder Politiker wissen, der sich für die Kernenergie stark macht.

HAUFF: Ja, ohne jeden Zweifel. Deshalb darf man im Zusammenhang mit der Kernenergie auch nicht in ein Spiel mit Megawatt-Zahlen und Energielücken eintreten. Wir dürfen nicht den starken Max spielen. Die Kernenergie ist ohne jeden Zweifel mit einem Restrisiko verknüpft. Und kein Mensch kann ernsthaft behaupten, ein Störfall, wie er in Harrisburg vorgekommen ist, hätte in der Bundesrepublik prinzipiell nicht stattfinden können. Und wenn ich weiß, daß die Kernenergie Urängste auslöst, wenn ich als Politiker frage, was halte ich für verantwortbar, auch im Hinblick auf

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Klaus Wirtgen, Rolf S. Müller.



Kohlekraftwerk bei Hamm: „Durch Kohlendioxid könnten ...

meine Kinder, dann muß ich mir überlegen, wie verhält sich dieses Risiko zu anderen Risiken.

SPIEGEL: Beispielsweise zur Kohle.

HAUFF: Ich halte bei der Kohle die Gefährdung, die längerfristig auf Grund der erhöhten Kohlendioxid-Emission entstehen kann, für so groß, daß sie vergleichbar ist mit riesigen Naturkatastrophen oder mit Krieg.

SPIEGEL: Aber doch nur, wenn man massiv nur auf die Kohle setzt, kann es in 50 bis 100 Jahren zu Naturkatastrophen kommen. Jetzt kommt es aber darauf an, die Lücke in den nächsten Jahren zu schließen.

HAUFF: Wir haben ja bereits in der Sahelzone erlebt, was Klimaveränderungen ausmachen können; die Wüste dehnte sich aus, und Zehntausende kamen um. Es gibt ernst zu nehmende Wissenschaftler, die behaupten, solche Gefahren können schon in den nächsten 30 Jahren durch Kohlendioxid auf uns zukommen. Dann kann man das nicht mit der linken Hand wegschieben und unbeachtet lassen, nur weil es noch nicht im Bewußtsein der Menschen ist.

SPIEGEL: Dennoch bleibt das Risiko der Kernenergie größer.

HAUFF: Gefährdungen im Zusammenhang mit der Kernenergie sind nicht wahrnehmbar, man kann sie nicht fühlen, nicht riechen, nicht spüren, und ihre Folgen treten oft erst nach vielen Jahren ein.

SPIEGEL: Man erlebt das nicht so hautnah wie beim Kohlebergbau zum Beispiel. Lungenkrebstote aus dem Uran-Bergbau tauchen in den Statistiken nicht auf.

HAUFF: Wenn über den Lebenszeitraum eines Kohlekraftwerks allein

bei der Förderung der Steinkohle unter den Bedingungen, die dort vorherrschen, 70 Menschen umkommen und wenn man nun sagt, auch für die Kohle muß gelten: Sicherheit geht vor wirtschaftlichen Interessen, dann sind 70 Tote nicht akzeptierbar, wenn man das als absoluten Maßstab versteht.

Nehmen Sie das Öl: Wir müssen davon ausgehen, daß der Kampf um die knappen Erdölquellen zur wichtigsten internationalen Krisenursache in den 80er Jahren werden wird, mit der Ge-

fahr, daß daraus Kriege unter Einsatz atomarer Waffen entstehen. Wer auf dem Standpunkt steht, militärische Sicherheit gehe vor wirtschaftlichen Interessen, der muß auch überdenken, ob der Ölkonsum überhaupt verantwortlich ist.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

HAUFF: Ich halte es, da diese Risiken nicht prinzipiell verschieden sind, für richtig, eine größtmögliche Diversifizierung der Risiken anzustreben. Das heißt nicht, einen bestimmten Energieträger hinsichtlich des Gefährdungspotentials zu betrachten, sondern das Bild insgesamt zu betrachten und zu fragen, wie mischt man am besten diese Risiken.

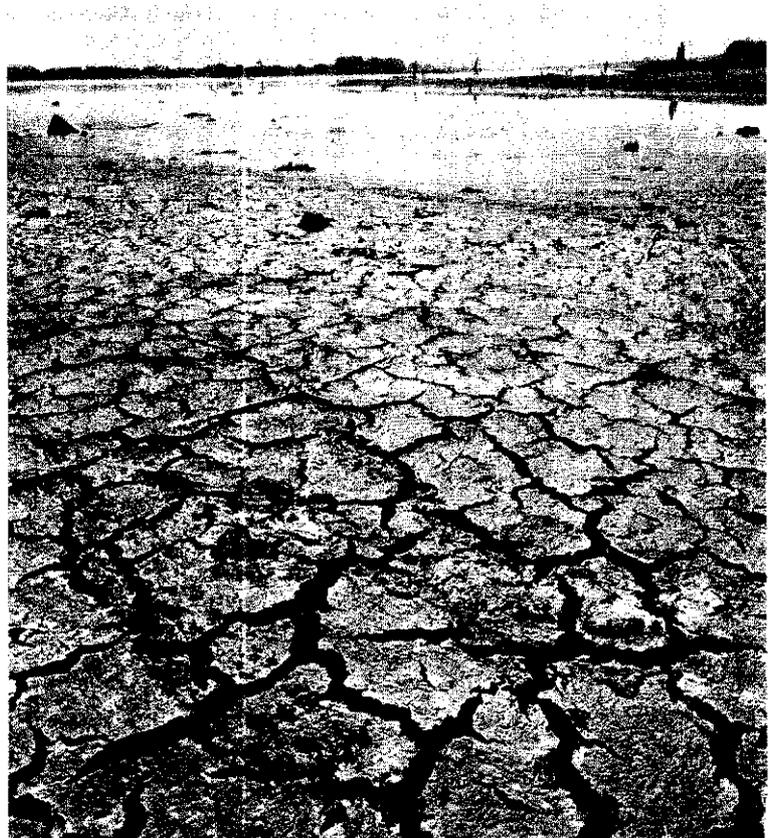
SPIEGEL: Für die Zukunft bieten sich aber doch weniger riskante Alternativen an, durch Erdwärme betriebene, sogenannte geothermische Kraftwerke oder Ozeankraftwerke, wie sie Lockheed in den USA entwickelt.

HAUFF: Das sind Zukunftsentwicklungen: Ich meine, es gibt einen verhängnisvollen Hang in der Geschichte der Menschheit, die technische Entwicklung, die am weitesten in der Zukunft liegt, jeweils als besonders umweltfreundlich, besonders menschlich, besonders billig, besonders angenehm zu kennzeichnen.

SPIEGEL: Heißt das, Sie versprechen sich nur etwas von der Kernenergie?

HAUFF: Ich setze auf alle Energietechnologien. In den letzten Jahren gab es kein Projekt in der nichtnuklearen Energieforschung, das wir nicht gefördert haben, wenn es nur halbwegs erfolgversprechend aussah: ob das

... solche Gefahren auch auf uns zukommen“: Dürregebiet am Niger



Geothermik war, Sonnenenergie, ob es Windenergie war, ob das der internationale Verbund zur Nutzung der Gezeitenenergie, Wellenenergie, der Biogasentwicklung war. Wir geben derzeit für nichtnukleare Energieträger einschließlich der Kohle fünfmal soviel aus wie für die Kernenergie. Nur: Wie auch in der Nukleartechnologie braucht man einen Zeitraum von zehn, zwanzig Jahren, um neue Konzepte durchzusetzen.

SPIEGEL: Wäre es nicht einfacher, auf die Atomkraft zu verzichten, sämtliche Alternativen zu nutzen und auf das Energiesparen zu setzen?

HAUFF: Ich bin nach wie vor überzeugt, daß wir auf Kernenergie nicht verzichten können, weder auf das integrierte Entsorgungszentrum noch auf die Option für den Schnellen Brüter. Aber ich habe auch gelernt, daß wir im Bereich des Energiesparens noch viel zu wenig gemacht haben. Wir müssen zu einer Energiepolitik kommen, die dem einzelnen durch Einsparung mindestens soviel Lasten auferlegt wie durch die Kernenergie.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, mit Appellen allein lassen sich diese Ziele nicht erreichen.

HAUFF: Dabei bleibe ich.

SPIEGEL: Bisher hat sich die Regierung aber auf Seelenmassage beschränkt.

HAUFF: Sie entschuldigen, wir haben unter anderem beschlossen, die öffentliche Förderung der Fernwärme fortzusetzen. Und ich halte das, was wir beschlossen haben, auch noch nicht für den Schlußstrich.

SPIEGEL: Was fällt Ihnen — außer der Verteuerung von Benzin und Heizöl — noch ein? Der rheinland-pfälzische SPD-Chef Klaus von Dohnanyi hat sich für Verbote und Verordnungen eingesetzt.

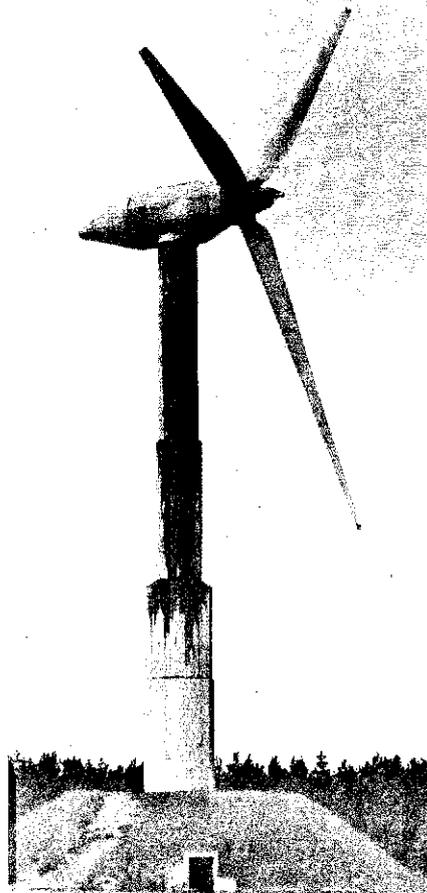
HAUFF: Ich schließe eine solche Vorgehensweise nicht von vornherein aus. Der Preis spielt eine wichtige Rolle, aber ich glaube nicht, daß man nur auf den Preis allein vertrauen kann. Wir haben beispielsweise die Isolationsvorschriften für Gebäude so verschärft, daß wir nur noch von Schweden übertroffen werden. Aber ich bin mal gespannt, ob all diejenigen, die so lautstark für Energiesparen eintreten, noch wirklich bei mir sind, wenn wir mal anfangen zu sagen, beispielsweise der Bau von Ölheizungen in Privathaushalten bei Neubauten wird verboten, da gibt es nur noch Solar-Energieanlagen, Wärmepumpen oder Fernwärmenetze.

Was passiert eigentlich, wenn wir, was den Benzinverbrauch angeht, den Leuten, die gerne schnelle Autos fahren, vorschreiben, daß ein Auto künftig nicht mehr als vier oder fünf Liter verbrauchen darf?

SPIEGEL: Wann müssen sich die Bürger darauf einstellen, daß nur noch Autos angeboten werden dürfen, die

einen bestimmten Maximalverbrauch haben?

HAUFF: Wir haben aufgrund auch von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die wir finanzieren, den Nachweis geliefert, daß hier erhebliche Verbesserungen möglich sind, bei gleicher Leistung weniger Kraftstoff. Dies hat dazu geführt, daß die Automobilindustrie angekündigt hat, daß sie bis 1985 einen bestimmten Einsparprozentsatz bei ihren Automobilen erreichen wird. Wir werden versuchen, einzelne Firmen zur Produktion von Spartyen zu veranlassen. Aber wenn diese Selbstverpflichtung der Industrie bis 1985



Energieerzeugung durch Wind
„Zwanzig Jahre für neue Konzepte“

nicht zum gewünschten Ergebnis führt, müssen wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

SPIEGEL: Welche?

HAUFF: Zunächst ist die Industrie selbst am Zug. Dabei sollte sie als einen vernünftigen Maßstab die amerikanische Regelung ansehen, ab 1985 den Durchschnittsverbrauch aller von einem Werk angebotenen Typen auf etwa acht Liter zu begrenzen.

SPIEGEL: Per Vorschrift?

HAUFF: Notfalls ja.

SPIEGEL: Halten Sie Geschwindigkeitsbegrenzung für eine geeignete Sparmaßnahme, und werden Sie sich dafür stark machen?

HAUFF: 130 Stundenkilometer bringen fast nichts. Aber wenn man da wesentlich drunter bleibt, bei Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h, gäbe das ein nennenswertes Einsparpotential. Wenn überhaupt, dürfte eine solche Vorschrift nicht isoliert kommen. Sie müßte eingebettet sein in ein umfassendes Sparpaket aus mehreren Maßnahmen.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht damit rechnen, daß Sie mit diesen Vorschlägen am Widerstand der Bürger, auch der Sozialdemokraten, scheitern?

HAUFF: Das wird viel Widerstand auslösen. Aber ich werde als stellvertretender Vorsitzender der Energiekommission der SPD noch in diesem Jahr einen Gesamtkatalog vorlegen, in dem alle Einsparmöglichkeiten aufgezählt und bewertet werden. Wir Sozialdemokraten müssen erkennen, wieviel wir uns zutrauen, egal, ob wir nun als Kommunalpolitiker, als Landespolitiker, als Bundespolitiker oder in den Aufsichtsgremien der Energieversorgungsunternehmen Verantwortung tragen.

Diese Diskussion müssen wir zu einem Konzept für die SPD machen. Bisher haben auch die verantwortlichen politischen Kräfte noch nicht im erforderlichen Umfang erkannt, daß energiepolitisch eine Operation am Patienten notwendig ist. Im Augenblick sind wir noch dabei, es weitgehend mit Heftpflaster und Sicherheitsnadeln zu versuchen.

SPIEGEL: Leidet nicht die Glaubwürdigkeit der Diskussion über nichtnukleare Energieformen und über Einsparungen darunter, daß der Bundeskanzler immer wieder betont, er setze auf die Kernenergie?

HAUFF: Ich finde es eine scheußliche Vereinfachung und wehre mich auch dagegen, daß die ganze Diskussion nur auf die Frage hinausläuft: Bist du für oder gegen Kernenergie?

SPIEGEL: Ist daran nicht der Kanzler schuld, der immer wieder erklärt, Kernenergie sei unverzichtbar?

HAUFF: Ich sehe im Augenblick in der öffentlichen Debatte den Drang, differenzierte Positionen überhaupt nicht mehr zu vermitteln, nur noch zu fragen, ist der Befürworter oder Gegner, und dadurch eine Diskussion einzuleiten, die nur noch aus der Demonstration von Gesinnungen und nicht im Austausch von Argumenten besteht.

SPIEGEL: Ist für Sie denn auch der Satz von Helmut Schmidt, Kernenergie sei unverzichtbar, ein Argument oder eine Demonstration von Gesinnung?

HAUFF: Das ist das Ergebnis von Argumenten, die man im einzelnen dann nachvollziehen muß. Deshalb ist der öffentlichen Diskussion mehr genutzt, wenn man das Gespräch mit dem Kanzler nicht mit solchen polemischen

Floskeln führt, daß man ihn als „Atomkanzler“ apostrophiert, sondern daß man sich wirklich inhaltlich mit der Position auseinandersetzt.

SPIEGEL: Ihr FDP-Kollege, Innenminister Baum, hat unmittelbar nach Harrisburg in einem SPIEGEL-Interview gefordert, man müsse darüber nachdenken, ob man auch ohne Kernenergie auskommen kann. Sie wiederum haben sich später über Leute beschwert, die „unmittelbar nach Harrisburg aus der Hüfte geschossen haben“. War damit Baum gemeint?

HAUFF: Mir war die ganze Diskussion insgesamt zu hektisch, und ich möchte es gar nicht personalisieren. Ich habe die Bereitschaft vermißt, zu sagen, wir wollen jetzt drei, vier, fünf Wochen sehr intensiv mal nachdenken,

sparamer Energieverwendung sehr unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Das wird nicht einfach sein, in Berlin dafür eine Mehrheit zu bekommen.

SPIEGEL: Was werden Sie tun, wenn Ihnen der Berliner Parteitag die Option für den weiteren Ausbau der Kernenergie verweigert?

HAUFF: Das ist eine hypothetische Frage. Ich konzentriere mich darauf, für meine Position zu werben.

SPIEGEL: Der Vorsitzende der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, hat kürzlich gefordert, der Parteitag müsse den „Verzicht auf die Option Schneller Brüter sowie ein eindeutiges Nein zu jeder Form konventioneller und nutzbarer Wiederaufbereitung beschließen“ und außerdem noch den

Kurs von Kanzler Schmidt folgen wird?

HAUFF: Ich glaube, daß die Bereitschaft, sich darauf zuzubewegen, auch bei Skeptikern größer ist, als manche meinen. Und das Wichtigste ist jetzt die Arbeit, die wir in der Energiekommission der Partei zu leisten haben. Da wird sich dann sehr rasch zeigen, wie weit unsere Integrationskraft geht. Mit Integrationskraft meine ich nicht das Gekungele mit Personen. Mit Integrationskraft meine ich eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Positionen, mit der Bereitschaft, auch die eigene Position zu verändern.

SPIEGEL: Auf dem Hamburger Parteitag hatten die Kernkraftbefürworter ja noch die Gewerkschaften hinter sich. Aber nach Harrisburg bröckelt diese Front. Der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker, bislang ein eindeutiger Befürworter der Kernenergie, hat seine Position revidiert. Eugen Loderer von der IG Metall hat kritische Anmerkungen zur Wiederaufarbeitung gemacht. Und jetzt sagt der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter: „Wenn das Vertrauen erst mal weg ist, wird es auch für den DGB sehr schwer, weiter ja zur Kernenergie zu sagen.“

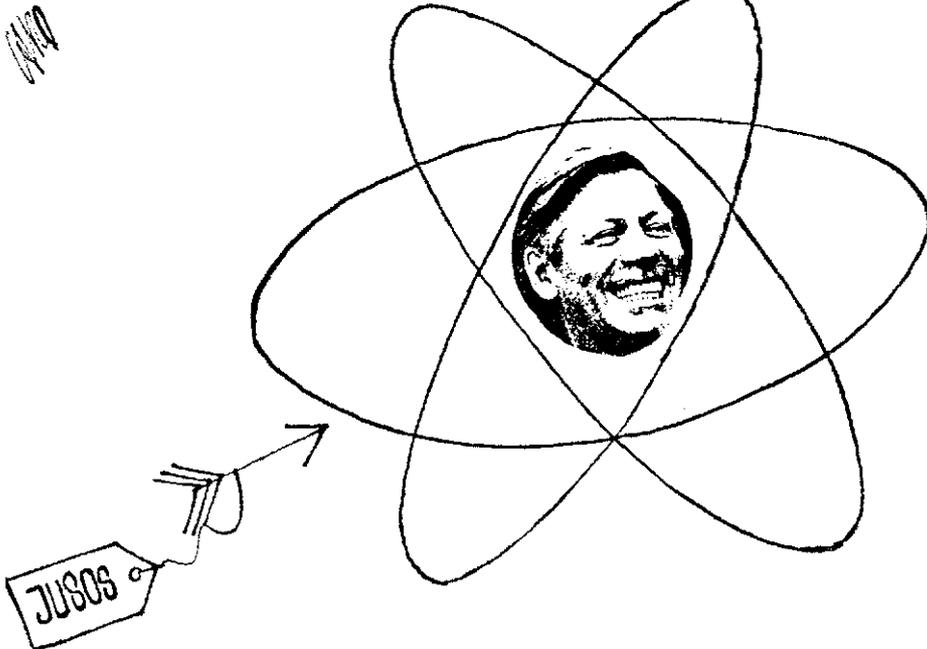
HAUFF: Das gilt nicht nur für den DGB, das gilt auch für die SPD, das gilt auch für die Bundesregierung. Meine größte Sorge ist, daß wir Sozialdemokraten über der Behandlung der Kernenergie die Regierungsfähigkeit verlieren. Das ist für mich die größte politische Herausforderung, wenn ich in die Zukunft blicke.

SPIEGEL: Zukunft heißt dann nicht nur Parteitag, sondern auch Wahltag?

HAUFF: Ich bin ganz sicher, daß die energiepolitische Grundkonzeption bei der nächsten Bundestagswahl eine sehr wichtige Rolle spielen wird. Wenn wir es nicht schaffen, dieses Thema in seiner Komplexität zu behandeln, dann werden wir nicht glaubwürdig bei denjenigen, die mit Sorge auf die Kernenergie blicken und sehr skeptisch bis ablehnend sind. Dort wird es dann ein großes Abrücken geben.

Und wenn wir auf der anderen Seite uns opportunistisch anpassen an Stimmungen, die ohne jeden Zweifel da sind, werden wir Teile der Aufsteiger, aber auch Teile der organisierten Arbeitnehmerschaft verlieren. Und da gibt's kein taktisches Lavieren mehr. Es hat keinen Wert zu sagen, ich will dem recht geben und dem anderen auch recht geben. Da hilft nur die Bereitschaft weiter, eine Position zu beziehen, die sensibel genug ist, mit den Fragen verantwortlich umzugehen. Und dabei gibt es natürlich Risiken für den einzelnen und — was mich viel mehr bekümmert — große Risiken auch für die Gesamtpartei.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Rheinische Post

Die Kernfrage

studieren, die Fakten zur Kenntnis nehmen und nach den Konsequenzen fragen.

SPIEGEL: Auf vielen regionalen Parteitagen der SPD zeichnet sich bereits ab, daß viele Ihrer Genossen schon gar nicht mehr darüber diskutieren, ob und wie die Kernenergie weiter ausgebaut werden soll, sondern sie beschäftigen sich allenfalls noch mit der Frage, ob man nicht die in Betrieb befindlichen Reaktoren sofort stilllegen soll. Wie will da der Kanzler eine Mehrheit für seine Politik finden?

HAUFF: Ja, das ist eine Diskussion, die man nicht wehleidig erdulden muß. Wir müssen versuchen, uns mit den betreffenden argumentativ auseinanderzusetzen. Wir müssen nachweisen, daß wir nicht nur programmatisch, sondern durch praktische Politik bereit sind, nicht nur bei der Kernenergie, sondern auch bei rationeller und

Baustopp für weitere Kernkraftwerke. Was machen Sie, wenn diese Position mehrheitsfähig wird?

HAUFF: Ich hoffe, daß sie nicht mehrheitsfähig wird. Und ich setze meine Kraft ein, diese Situation zu verhindern.

SPIEGEL: Manche Sozialdemokraten, wie Hessens Ministerpräsident Holger Börner, haben gesagt, daß sie sich nicht in allen Fragen unbedingt an Parteitagebeschlüsse gebunden fühlen. Könnten Sie als Minister mit einem Nein des Parteitags zur Kernenergie leben?

HAUFF: Das ist für mich auch eine völlig hypothetische Frage. Aber: Ich glaube nicht, daß man politisch arbeiten kann, wenn man in wichtigen politischen Fragen im Dissens zur eigenen Partei lebt.

SPIEGEL: Sehen Sie noch die Chance, daß die Parteitagmehrheit dem